

## 10 FORDERUNGEN FÜR EINE BESSERE AUSBILDUNGSSITUATION

Die Jusos Kamen veranstalteten 2007 drei Diskussionsforen zu dem Thema „**Jugendarbeitslosigkeit vor Ort**“. Als sach- und fachkundige Gäste konnten die Jusos VertreterInnen des **Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB)**, der **Industrie- und Handelskammer (IHK)**, der **Handwerkskammer (HWK)**, der **Werkstatt Unna**, des **Kreisschulausschusses**, des **Lenkungs Ausschuss der ARGE im Kreis Unna**, der Gesamtschule **Lünen** und ein Vertreter von **AWO Bildung+Lernen** gewinnen. Die folgenden zehn Punkte sind direkte Ergebnisse aus der Themenreihe, die auch mindestens von einer/m VertreterIn so gefordert wurden.

### 1. **Arbeitsgemeinschaft „Softskills“ an weiterführenden Schulen**

Sekundärqualifikationen wie Rhetorik und Zeitmanagement, sowie soziale Kompetenzen werden immer stärker zu einem Auswahlkriterium. In den USA werden solche Kompetenzen bereits in der Schule durch entsprechende Fächer oder Arbeitsgemeinschaften vermittelt. Die Jusos Kamen werden sich für eine entsprechende AG „Softskills“ an den weiterführenden Kamener Schulen einsetzen. Diese sollen ab Klasse 9 jahrgangsstufenübergreifend angeboten werden.

### 2. **Mehr Kooperationen mit kleinen und mittelständischen Unternehmen**

Vielen SchülerInnen fehlt die Motivation, bestimmte theoretische Aspekte in der Schule zu erlernen, da ein Bezug zur Praxis häufig nicht zu erkennen ist. Durch Unterrichtsbesuche (oder sonstige Kooperationen) von VertreterInnen von kleinen oder mittelständischen Unternehmen soll dieser Graben überwunden werden und erste Einblicke in die Berufswelt ermöglicht werden. Dieses Vorhaben wurde von einigen VertreterInnen, wie z.B. von der Gesamtschule Lünen oder der IHK, unterstützt.

### 3. **Ausbildungsplatzoffensive für MigrantInnen**

Wie ein Experiment an der Gesamtschule Lünen gezeigt hat, ist häufig bereits der Name einer/s BewerberIn für einen Ausbildungsplatz ausschlaggebend, ob er/sie überhaupt zu einem Vorstellungsgespräch geladen wird. Dies ist nicht nur diskriminierend und fremdenfeindlich, es ist auch nicht förderlich für die Wirtschaft. Die Jusos Kamen fordern entsprechende Firmen auf, dieses Vorgehen umgehend einzustellen, mehr MigrantInnen einzustellen und jede Fremdenfeindlichkeit abzulegen. Außerdem fordert der Juso Stadtverband eine MigrantInnenquote für den öffentlichen Dienst und die freie Wirtschaft.

### 4. **Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems in NRW**

PISA beweist: Das deutsche Schulsystem ist veraltet und nicht zukunftsfähig. Bereits in den ersten Schuljahren wird der berufliche Werdegang zementiert, da eine Durchlässigkeit nach oben praktisch nicht vorhanden ist. PISA zeigt auch deutlich, dass in Deutschland die soziale Stellung der Eltern ausschlaggebend für die Schullaufbahn des Kindes ist; d.h. nur 11 v.H. Kindern aus Arbeitfamilien machen das Abitur (bei Akademikerfamilien sind es 85%). Nur durch ein integratives Schulsystem bis zum ersten gemeinsamen Abschluss kann soziale Ausgrenzung vermieden und die Bildung aller erhöht werden.

5. **Keine Studiengebühren!**

Alle sachkundigen Gäste sprachen sich klar gegen Studiengebühren aus, da diese nicht nur jungen Menschen den Zugang zu Bildung erschweren oder gar verhindern, sondern auch doppelt schädlich für die Wirtschaft sind: Studiengebühren drängen AbiturientInnen auf den Ausbildungsmarkt, wodurch Nicht-AbiturientInnen weniger Chancen auf einen Ausbildungsplatz bekommen. Außerdem verringern Studiengebühren die Anzahl der Studierenden, wodurch der bereits existierende Fachkräftemangel bei AkademikerInnen weiter vergrößert wird.

6. **Ausbildungsplatzabgabe und zweite Säule**

Der DGB bestätigt: Viele Betriebe bilden nicht aus, obwohl sie die Möglichkeit dazu hätten. Dies spart den Unternehmen Geld und Zeit, schadet aber den jungen Menschen, dem Fiskus und der gesamten Wirtschaft. Diese Firmen müssen dazu verpflichtet werden, durch finanzielle Abgaben den gesamtgesellschaftlichen Schaden zu begleichen. Durch diese Mittel und ggf. weiteren Mitteln aus der Bundesanstalt für Arbeit muss eine „zweite Säule“ aufgebaut werden. Unter diesem Begriff versteht man eine schulische Ausbildung als Zusatzangebot zum klassischen, dualen System. Die zweite Säule soll vor allem den jungen Menschen dienen, die keinen Ausbildungsplatz finden.

7. **Längere Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen**

Die Bundesagentur für Arbeit investiert zu wenig Geld in sinnvolle, längere Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen. Solche Maßnahmen dürfen nicht „pro Kopf“ angeboten werden, da Defizite sehr individuell sind. Es ist im höchsten Maße sinnlos, junge Menschen in Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“) unterzubringen, da diese keinen langfristigen Nutzen bringen.

8. **Aufbau eines sozialen Arbeitsmarkts und ÖBS fördern**

Viele Menschen haben keine Chance mehr auf dem regulären Arbeitsmarkt, da sie eine zu lange Zeit beschäftigungslos waren. Es ist menschenverachtend, diese Schicksale ohne Chancen ihrer prekären Lage zu belassen. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) stellt eine Lösung dar: Die ARGE bezahlt einem Unternehmer zeitlich beschränkt maximal 100% des Nettolohns eines Arbeitnehmers, der zuvor langzeitarbeitslos war. Menschen erhalten dadurch eine Rückkehr in die Arbeitswelt und fühlen sich in die Gesellschaft integriert. Durch zu zahlende Steuer- und Beitragsabgaben auch des Unternehmers und wegfallenden ALG-II-Leistungen ist der ÖBS fiskalisch sogar günstiger als die Leistungen des SGB II.

9. **Wirtschaft muss Grundvoraussetzungen überdenken**

Viele VertreterInnen, u.a. von HWK und DGB, kritisierten die zu hohen Startvoraussetzungen, um eine Ausbildung zu beginnen. So wird für manche Ausbildungsberufe die allgemeine Hochschulreife als Bedingung gesetzt, die jedoch rational nicht zu erklären ist. Auch fehlendes technisches Vorwissen, z.B. Umgang mit spezieller Computer-Software oder –Hardware, darf kein Hinderungsgrund sein, sondern muss während der Ausbildung vermittelt werden.

10. **Professioneller und unverbindlicher Kompetenzcheck**

Den Wegfall des Kompetenzchecks durch die schwarz-gelbe Landesregierung wurde bei den Diskussionsforen häufig kritisiert. Professionelle und unabhängige Tests können Schülerinnen und Schülern schon früh über eigene Stärken und Schwächen informieren, um so die Wahl eines geeigneten Berufs zu erleichtern. Die Jusos Kamen fordern eine Wiedereinführung solcher Tests und eine begleitende Berufsberatung über die gesamte Schullaufbahn.